

Wahlprüfstein von: Netzwerk Gleichstellung und Selbstbestimmung RLP  
Antwort von: Die Linke Rheinland-Pfalz (RLP)  
Datum: 11.03.2026

### **1. Inklusionsverständnis und Realität**

Trotz der Verpflichtung zur inklusiven Bildung erleben viele neurodivergente und reizfiltergeschwächte Schüler\*innen im bestehenden Schulsystem Überforderung, psychische Belastungen und Bildungsabbrüche – oft trotz vorhandener Begabungen.

### **Wie definiert Ihre Partei gelingende schulische Inklusion, und welche Verantwortung sieht sie beim Land, Kinder und Jugendliche vor strukturell ungeeigneten Lernbedingungen zu schützen und den Verlust von Bildungspotenzialen zu verhindern?**

*Gelingende Inklusion bedeutet für Die Linke: Kein Kind wird ausgesondert, kein Potenzial verschenkt. Das Land trägt die volle Verantwortung dafür, dass Schulen nicht nur formal inklusiv sind, sondern strukturell auf die Vielfalt ihrer Schüler\*innen vorbereitet werden – mit ausreichend Personal, kleinen Klassen, reizreduzierten Rückzugsräumen und multiprofessionellen Teams. Überforderung, psychische Belastung und Bildungsabbrüche sind keine individuellen Versagensfälle, sondern Systemversagen. Die Linke fordert eine verbindliche Ressourcenausstattung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert – nicht am Sparhaushalt.*

### **2. Homeschooling und alternative Lernformen**

In anderen europäischen Ländern existieren staatlich regulierte, kostenfreie und qualitätsgesicherte Formen von Homeschooling oder hybriden Bildungsmodellen. In Deutschland sind solche Angebote stark eingeschränkt und meist nur privat zugänglich.

### **Ist Ihre Partei bereit, sich auf Landesebene für rechtssichere, staatlich begleitete und kostenfreie Formen von Homeschooling oder hybriden Lernmodellen einzusetzen, wenn diese nachweislich dem Kindeswohl und der Bildungsbeteiligung dienen? Wenn ja: unter welchen Voraussetzungen? Wenn nein: warum nicht?**

*Die Linke steht der Schulpflicht grundsätzlich positiv gegenüber, weil sie soziale Teilhabe und Chancengleichheit sichert. Gleichzeitig erkennen wir an, dass das bestehende Schulsystem für viele neurodivergente Kinder keine geeignete Lernumgebung bietet. Wir setzen uns deshalb für staatlich begleitete, kostenfreie hybride Lernmodelle ein – etwa in Form von Schulen auf Distanz, flexibler Präsenzpflcht oder anerkannten Lernzentren – wenn diese dem Kindeswohl dienen, pädagogisch qualitätsgesichert sind und soziale Isolation verhindern. Bildung darf kein Privileg für Familien sein, die sich private Alternativen leisten können.*

### **3. Diagnostik, Anerkennung und Zugang zu Unterstützung**

Viele Familien berichten von langen Wartezeiten, unklaren Zuständigkeiten und hohen Hürden, bevor Bedarfe anerkannt und Unterstützungsleistungen gewährt werden.

### **Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um frühzeitig, niedrigschwellig und unabhängig Bedarfe von Kindern festzustellen und daraus passgenaue schulische oder außerschulische Bildungsangebote abzuleiten?**

*Die Linke fordert flächendeckende, kostenlose und niedrigschwellige Beratungs- und Diagnosestellen – unabhängig von Wohnort, Einkommen oder Kassenzugehörigkeit. Lange Wartezeiten und unklare Zuständigkeiten sind politisch gemacht und politisch lösbar. Wir wollen eine klare Koordinierungsstelle auf Landesebene, die Familien durch das System begleitet, Bedarfe frühzeitig erkennt und passgenaue Unterstützung – schulisch wie außerschulisch – ohne bürokratische Hürden vermittelt.*

#### **4. Psychische Gesundheit und Schulverantwortung**

Meltdowns, Shutdowns, psychosomatische Beschwerden und Schulvermeidung werden häufig individualisiert oder sanktioniert, statt als Zeichen struktureller Überlastung verstanden.

**Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass psychische Belastungen im schulischen Kontext nicht primär als Verhaltensproblem bewertet werden, sondern als Hinweis auf notwendige strukturelle Anpassungen im Bildungssystem?**

*Meltdowns, Shutdowns und Schulvermeidung sind Hilferufe – keine Disziplinarprobleme. Die Linke lehnt jede Form der Sanktionierung psychischer Belastungsreaktionen ab. Schulen brauchen Schulpsycholog\*innen, Sozialarbeiter\*innen und Fachkräfte für emotionale Gesundheit in ausreichender Zahl – kein Kind darf sich allein gelassen fühlen. Strukturelle Überlastung muss als solche benannt und behoben werden, nicht individualisiert und pathologisiert.*

#### **5. Lehrer\*innenbildung und Systemkompetenz**

Inklusion scheitert nicht selten an fehlender Ausbildung, Zeit und Handlungssicherheit bei Lehrkräften.

**Welche konkreten Veränderungen plant Ihre Partei in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, um Kompetenzen im Umgang mit Neurodivergenz, Reizverarbeitung und alternativen Lernformen systematisch zu verankern?**

*Die Linke fordert, dass Neurodivergenz, Reizverarbeitung, traumasensibles Unterrichten und inklusive Didaktik verpflichtender Bestandteil der Lehramtsausbildung an allen Hochschulen in RLP werden. Fort- und Weiterbildung muss kostenfrei, praxisnah und zeitlich möglich sein. Lehrkräfte brauchen nicht nur Wissen, sondern auch Zeit, Unterstützung und kollegiale Begleitung. Inklusion scheitert nicht an Menschen – sie scheitert an fehlenden Strukturen.*

#### **6. Landesweite Konzepte statt Einzelfalllösungen**

Derzeit hängen tragfähige Lösungen oft vom Engagement einzelner Schulen oder Kommunen ab.

**Setzt sich Ihre Partei für ein landesweites, verbindliches Konzept zu inklusiver Bildung für neurodivergente und körperlich behinderten Schüler\*innen ein – inklusive klarer Zuständigkeiten, Finanzierung und Qualitätsstandards?**

*Ja. Die Linke fordert ein landesweites, verbindliches Rahmenkonzept für inklusive Bildung – mit klaren Zuständigkeiten, gesicherter Finanzierung, messbaren Qualitätsstandards und einer unabhängigen Kontrollinstanz. Inklusion darf nicht vom Engagement einzelner Schulen oder dem Wohnort abhängen. Bildungsgerechtigkeit ist kein Glücksfall.*

#### **7. Anerkennung, Gebärdensprache und Teilhabe gehörloser Menschen**

In Hamburg hat das Landesparlament in einem breiten Antrag das jahrzehntelange Unrecht an gehörlosen Menschen – insbesondere durch das Verbot der Gebärdensprache in Bildungseinrichtungen und dessen langfristige Folgen – öffentlich anerkannt und eine politische Aufarbeitung, Entschuldigung sowie verbesserte Unterstützung gefordert.

**Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei auf Landesebene, um historische Benachteiligungen gehörloser Menschen anzuerkennen, die Anwendung und Förderung der Deutschen Gebärdensprache in Bildung, Verwaltung und Gesellschaft sicherzustellen und künftig strukturelle Barrieren in Kommunikation und Teilhabe**

## **systematisch abzubauen?**

Die Linke fordert, dass RLP dem Beispiel Hamburgs folgt und das historische Unrecht an gehörlosen Menschen öffentlich anerkennt und aufarbeitet. Deutsche Gebärdensprache (DGS) muss als vollwertige Sprache anerkannt, in Schulen gefördert und in Verwaltung und öffentlichem Leben verankert werden. Dolmetscher\*innen-Versorgung, barrierefreie Kommunikation und DGS-Unterricht ab der Grundschule sind für uns keine Extras – sie sind Menschenrechte.

## **Themenblock: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Rheinland-Pfalz**

### **8. Verbindlichkeit statt Bekenntnisse**

Die UN-BRK ist geltendes Recht. Dennoch berichten Betroffene von erheblichen Umsetzungsdefiziten in zentralen Lebensbereichen wie Bildung, Wohnen, Arbeit und Gesundheit.

### **Wie stellt Ihre Partei sicher, dass die UN-BRK in Rheinland-Pfalz nicht nur als Leitbild, sondern als verbindlicher Maßstab für Landespolitik, Gesetzgebung und Verwaltungspraxis angewendet wird?**

*Die Linke betrachtet die UN-BRK als unmittelbar geltendes Recht, nicht als politische Absichtserklärung. Wir fordern eine systematische Überprüfung aller Landesgesetze, Verwaltungsvorschriften und Förderprogramme auf ihre BRK-Konformität – mit klaren Fristen, öffentlicher Berichtspflicht und Konsequenzen bei Nichteinhaltung.*

### **9. Politische Verantwortung auf Landesebene**

Zuständigkeitsfragen zwischen Land, Kommunen und Leistungsträgern führen häufig zu Verzögerungen und zu einer faktischen Einschränkung von Teilhaberechten.

### **Wo sehen Sie die konkrete Verantwortung des Landes Rheinland-Pfalz bei der Umsetzung der UN-BRK – auch dort, wo Aufgaben formal bei Kommunen oder anderen Trägern liegen?**

*Das Land kann sich nicht hinter Kommunen oder Trägern verstecken. Die Linke sieht das Land in der Gesamtverantwortung: Es muss Mindeststandards setzen, Kommunen finanziell in die Lage versetzen, diese umzusetzen, und bei strukturellen Versäumnissen eingreifen. Teilhaberechte dürfen nicht am Kommunalhaushalt scheitern.*

### **10. Überprüfung bestehender Landesgesetze**

Mehrere landesrechtliche Regelungen stehen in der Kritik, Teilhabe eher zu regulieren als zu ermöglichen.

### **Plant Ihre Partei eine systematische Überprüfung bestehender Landesgesetze (z. B. im Bereich Wohnen, Teilhabe, Eingliederungshilfe) auf ihre Vereinbarkeit mit der UN-BRK? Wenn ja: mit welchem Verfahren und unter wessen Beteiligung?**

*Ja – und zwar unter verpflichtender Beteiligung von Selbstvertretungsorganisationen. Die Linke fordert einen transparenten, öffentlich zugänglichen Prozess mit klar definierten Prüfkriterien, der nicht nur durch Behörden, sondern gemeinsam mit Betroffenen durchgeführt wird.*

### **11. Beteiligung als Menschenrecht**

Die UN-BRK fordert die aktive Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an allen sie betreffenden politischen Entscheidungen.

**Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Beteiligung von Menschen mit Behinderungen auf Landesebene nicht symbolisch, sondern wirksam, barrierefrei und kontinuierlich erfolgt?**

*Beteiligung muss barrierefrei, bezahlt und kontinuierlich sein. Die Linke fordert, dass Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen institutionell gefördert, in Gesetzgebungsverfahren frühzeitig einbezogen und mit echten Mitspracherechten ausgestattet werden – nicht nur als Anhörungspartner auf dem Papier.*

**12. Monitoring und Transparenz**

Ohne messbare Ziele bleibt Fortschritt schwer überprüfbar.

**Befürwortet Ihre Partei ein unabhängiges, öffentlich zugängliches Monitoring zur Umsetzung der UN-BRK in Rheinland-Pfalz? Wie soll Transparenz über Fortschritte und Defizite hergestellt werden?**

*Ja. Die Linke befürwortet ein unabhängiges, öffentlich zugängliches Monitoring der BRK-Umsetzung in RLP – mit jährlicher Berichtspflicht, Beteiligung von Betroffenenverbänden und politischer Konsequenz bei ausbleibenden Fortschritten.*

**Themenblock: Eingliederungshilfe, Verlässlichkeit und Teilhabesicherheit**

**13. Planungssicherheit für Betroffene und Träger**

Unsichere Finanzierungs- und Vertragslagen gefährden bestehende Angebote und verhindern neue, bedarfsgerechte Strukturen.

**Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um Planungssicherheit für Menschen mit Beeinträchtigungen, ihre Familien und Leistungserbringer langfristig zu gewährleisten?**

*Die Linke fordert mehrjährige Finanzierungsverträge, verlässliche Vergütungsstrukturen und ein Ende der Haushaltsvorbehaltspolitik bei existenziellen Teilhabeleistungen. Menschen mit Beeinträchtigungen brauchen Planbarkeit – kein jährliches Zittern.*

**14. Bearbeitungsstau und Verwaltungsstrukturen**

Lange Verhandlungs- und Bearbeitungszeiten führen zu Angebotsausfällen und Existenzrisiken.

**Wie will Ihre Partei auf Landesebene dafür sorgen, dass Verhandlungs- und Bewilligungsverfahren in der Eingliederungshilfe deutlich beschleunigt und verbindlich strukturiert werden?**

*Wir fordern verbindliche Bearbeitungsfristen, digitale Verfahren, ausreichend Personal in den Behörden und eine klare Eskalationsstruktur bei Verzögerungen. Bürokratie darf kein Instrument der Leistungsverhinderung sein.*

**15. Übergänge und Zuständigkeiten (U18 / Ü18)**

Brüche beim Übergang ins Erwachsenenalter führen häufig zu Versorgungslücken.

**Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Zuständigkeitswechsel (z. B. beim Übergang von U18 zu Ü18) nicht zu Nachteilen für junge Menschen mit Beeinträchtigungen führen?**

*Die Linke fordert einen nahtlosen, vorausschauend geplanten Übergang – mit frühzeitiger Einleitung, klaren Übergabeprotokollen und einer Begleitstruktur, die junge Menschen nicht allein lässt. Zuständigkeitswechsel dürfen nicht zu Versorgungslücken führen.*

## **Themenblock: Feministische Perspektive, Behinderung und Intersektionalität**

### **16. Schutz vor Gewalt und Abhängigkeit**

Frauen mit Behinderungen sind in besonderen Wohnformen und Werkstätten erhöhten Risiken ausgesetzt.

**Welche konkreten gesetzlichen oder strukturellen Verbesserungen plant Ihre Partei, um den Gewaltschutz für Frauen mit Behinderungen in Einrichtungen und besonderen Wohnformen zu stärken?**

*Die Linke fordert verpflichtende Gewaltschutzkonzepte in allen Einrichtungen, unabhängige Beschwerdestellen, regelmäßige externe Kontrollen und den Ausbau von Schutzwohnungen für Frauen mit Behinderungen. Abhängigkeit darf kein Einfallstor für Gewalt sein.*

### **17. Selbstbestimmung und reproduktive Rechte**

Barrieren in der Gesundheitsversorgung schränken Selbstbestimmung ein.

**Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Frauen mit Behinderungen einen gleichberechtigten Zugang zu gynäkologischer Versorgung, Beratung, Familienplanung und reproduktiver Selbstbestimmung haben?**

*Wir fordern barrierefreie gynäkologische Praxen, aufsuchende Gesundheitsangebote, finanzierte Assistenz bei medizinischen Terminen und einen niedrigschwelligen Zugang zu Beratung rund um Familienplanung. Reproduktive Selbstbestimmung gilt für alle Frauen – ohne Ausnahme.*

### **18. Intersektionale Landespolitik**

Geschlecht, Behinderung, Herkunft, sexuelle Identität, Alter und soziale Lage wirken zusammen.

**Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Landespolitik diese Mehrfachdiskriminierungen systematisch berücksichtigt – und nicht isoliert nach einzelnen Kategorien handelt?**

*Die Linke fordert eine intersektionale Gesetzesfolgenabschätzung als Standard in der Landespolitik. Mehrfachdiskriminierung muss als strukturelles Phänomen anerkannt und in Förderung, Beratung und Rechtssetzung systematisch berücksichtigt werden.*

## **Themenblock: Politische Teilhabe und Selbstvertretung**

### **19. Mitreden statt vertreten werden**

Politische Entscheidungen werden häufig ohne echte Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen getroffen und sind zugleich oft nicht barrierefrei zugänglich.

**Welche strukturellen Veränderungen plant Ihre Partei, um Menschen mit Behinderungen reale und verbindliche Mitspracherechte zu sichern und politische Beteiligung auf Landesebene – einschließlich der eigenen Parteiarbeit – barrierefrei, zugänglich und inklusiv zu gestalten?**

*Die Linke verpflichtet sich zu barrierefreier Parteikommunikation, zugänglichen Veranstaltungen und der aktiven Förderung von Kandidaturen von Menschen mit Behinderungen. Auf Landesebene fordern wir verbindliche Beteiligungsrechte in allen relevanten Gesetzgebungsverfahren und eine finanzielle Förderung von Selbstvertretungsstrukturen.*

## 20. Abgrenzung von exkludierender Politik

Öffentliche Debatten stellen Teilhaberechte zunehmend infrage.

**Woran können Menschen mit Behinderungen konkret erkennen, dass Ihre Partei sich klar gegen politische Positionen stellt, die Teilhabe, Selbstbestimmung und Menschenrechte relativieren oder einschränken?**

*Die Linke ist erkennbar an ihrem Abstimmungsverhalten, ihren Anträgen und ihrer Bündnispolitik. Wir stimmen nicht für Sparpakete, die Teilhabe einschränken. Wir stellen keine Grundrechte unter Haushaltsvorbehalt. Und wir koalieren nicht mit Parteien, die Menschenrechte relativieren.*

### **Themenblock: Herausforderungen im Umgang mit Post-COVID, Post-Vac und ME/CFS**

In Rheinland-Pfalz leben zahlreiche Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit schweren post-infektiösen Erkrankungen. Viele von ihnen sind erheblich in ihrer Bildung, Erwerbsfähigkeit, gesundheitlichen Versorgung sowie sozialen Teilhabe eingeschränkt. Trotz bestehender Rechtsansprüche zeigen sich in der Praxis strukturelle Versorgungslücken, bürokratische Hürden und Unsicherheiten in der sozialrechtlichen Bewertung.

Wir möchten Ihnen nachfolgend komprimierte Leitfragen zu den Bereichen soziale Teilhabe, Bildung, Arbeit sowie gesundheitliche Versorgung und Forschung übermitteln und bitten um Ihre Positionierung.

## 21. Soziale Teilhabe

- **Wie wollen Sie den barrierearmen Zugang zu Pflege, Assistenz, Hilfsmitteln und Sozialleistungen für Betroffene vereinfachen?**
- **Wie stellen Sie sicher, dass Begutachtungen nach aktuellem wissenschaftlichem Stand erfolgen und Leistungen wie Pflegegrad, GdB oder Erwerbsminderungsrente verlässlich gewährt werden?**
- **Welche Maßnahmen planen Sie zur Vermeidung von Isolation und zur Förderung niedrigschwelliger Unterstützungsangebote?**
- **Wie wollen Sie Öffentlichkeit, Arbeitgeber, Schulen und medizinisches Personal sensibilisieren?**

*Die Linke fordert vereinfachte, unbürokratische Zugänge zu Assistenz, Hilfsmitteln und Sozialleistungen. Begutachtungen müssen dem aktuellen Forschungsstand entsprechen – ME/CFS und Post-COVID sind anerkannte Erkrankungen, keine Einbildung. Wir wollen niedrigschwellige und aufsuchende Beratungsangebote, Sensibilisierungskampagnen und klare Leitlinien für Behörden und medizinisches Personal.*

## 22. Bildung

- **Wie gewährleisten Sie das Recht auf Bildung für Schüler, die krankheitsbedingt nicht regelmäßig am Präsenzunterricht teilnehmen können?**
- **Wie sichern Sie flexible, krankheitssensible und ggf. asynchrone Lernformate verbindlich ab?**
- **Wie werden medizinische Einschätzungen zu Belastungsgrenzen rechtlich anerkannt und Bildungswege abgesichert?**
- **Wie wird das Prinzip des Belastungsschutzes („Pacing“) strukturell im Schulalltag berücksichtigt?**

*Kein Kind darf wegen Erkrankung vom Bildungsweg ausgeschlossen werden. Die Linke fordert verbindliche Regelungen für asynchrones und hybrides Lernen, rechtliche Anerkennung*

ärztlicher Belastungsgrenzen, das Pacing-Prinzip als schulisches Schutzrecht und individuelle Bildungspläne ohne bürokratische Hürden.

### **23. Arbeit und soziale Absicherung**

- **Wie fördern Sie flexible Arbeitsmodelle und sensibilisieren Arbeitgeber für die besonderen Bedarfe Betroffener?**
- **Wie gewährleisten Sie zeitnahen Zugang zu geeigneter Rehabilitation, vereinfachten Verfahren und ggf. beruflicher Neuorientierung?**
- **Wie stellen Sie eine verlässliche soziale Absicherung bei teilweiser oder vollständiger Erwerbsunfähigkeit sicher?**

*Wir fordern flexible Arbeitszeitmodelle, vereinfachte Rehabilitationsverfahren, frühzeitige Unterstützung statt späte Erwerbsminderungsrente und eine Entstigmatisierung postinfektiöser Erkrankungen in der Arbeitswelt.*

### **24. Gesundheitliche Versorgung und Forschung**

- **Wie sichern Sie eine flächendeckende, am aktuellen Forschungsstand orientierte Versorgung in Praxen, Kliniken und im häuslichen Bereich?**
- **Wie wollen Sie Forschung zu Ursachen und Therapien gezielt stärken und die Übertragung von Erkenntnissen in die Praxis verbessern?**
- **Wie stellen Sie angemessene Fortbildungsangebote für medizinisches Personal sicher?**
- **Welche Maßnahmen planen Sie zur Prävention und Aufklärung, um Neuerkrankungen zu reduzieren?**

*Die Linke fordert Landesmittel für ME/CFS- und Post-COVID-Forschung, verpflichtende Fortbildungen für medizinisches Personal, spezialisierte Versorgungsstrukturen in der Fläche und eine enge Zusammenarbeit mit Betroffenenorganisationen bei der Entwicklung von Versorgungskonzepten.*

## **Themenblock: Allgemeine Herausforderungen**

### **25. Barrierefreiheit im öffentlichen Personenverkehr**

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe; dennoch bestehen weiterhin strukturelle Barrieren im öffentlichen Verkehr, die mobilitätseingeschränkte Menschen faktisch ausschließen oder ihre selbstbestimmte Nutzung erheblich erschweren.

**Welche konkreten Maßnahmen plant ihre Partei, um den barrierefreien Zugang und die verbindliche, flächendeckende Nutzbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel sicherzustellen?**

*Die Linke fordert einen verbindlichen, finanzierten Aktionsplan zur vollständigen Barrierefreiheit im ÖPNV in RLP – mit konkreten Zeitplänen, Qualitätsstandards und Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung. Mobilität ist ein Grundrecht. Perspektivisch wollen wir ein Null-Euro-Ticket für alle.*

### **26. Psychiatrische Versorgung und bedarfsgerechte Wohnangebote**

In der Praxis zeigt sich ein erheblicher Mangel an niedrigschwelligen psychotherapeutischen Angeboten, zeitnaher psychiatrischer Versorgung sowie an spezialisierten Wohnangeboten für Menschen mit Herausfordernden Verhaltensweisen, wodurch notwendige Unterstützung häufig nicht oder zu spät erfolgt.

**Wie werden Sie diesem strukturellen Versorgungsdefizit politisch begegnen und welche konkreten Maßnahmen plant ihre Partei zur nachhaltigen Verbesserung der Versorgungs- und Wohnstrukturen?**

*Die Linke fordert den massiven Ausbau niedrighschwelliger psychotherapeutischer Angebote, gemeindepsychiatrischer Unterstützung und spezialisierter Wohnformen. Psychiatrie muss entstigmatisiert, personell aufgestockt und flächendeckend zugänglich sein – auch im ländlichen Raum. Wartezeiten von Monaten auf einen Therapieplatz sind ein politisches Versagen, das wir beenden wollen. Zudem planen wir einen flächendeckenden gesetzlich verankerten Krisendienst nach dem Vorbild Bayerns: Rund um die Uhr sollen Menschen in seelischen Notlagen niederschwellige und qualifizierte Unterstützung erhalten.*